

Medienspiegel Woche 37 / 2015

Tagblatt, 29. August 2015

«Ich würde es heute wieder tun»

Tagblatt, 31. August 2015

Schweizer Geschichte auch im Lehrplan21

Tagblatt, 3. September 2015

Time-out im Sprachenstreit

Tagblatt, 4. September 2015

Schulleiter für Lehrplan 21

20 Minuten, 7. September 2015

Polizeibewerber scheitern häufig beim Diktat

suedostschweiz 8.9.15

Tausende Kompetenzen für eine bessere Volksschule?

Basler Zeitung, 9.9.15

Neuer Lehrplan ist fragwürdig

NZZ, 9.9.2015

Das Ende der Hände

Blick, 10.09.2015

Zürich zieht Sexbuch nicht aus dem Verkehr

NZZ, 10. September 2015

Weiterbildung für 1250 Lehrer

Der Bund, 12.09.2015

Heftige Kritik am neuen Französisch-Unterricht

Tagblatt, 29. August 2015

«Ich würde es heute wieder tun»

Als Zürcher Bildungsdirektor war Ernst Buschor der Turboreformer für Frühenglisch, heute plädiert er für politischen und pädagogischen Frieden: Französisch dürfe nicht aus der Primarschule verschwinden. Aber die Didaktik käme zu kurz.

DENISE LACHAT

Herr Buschor, über den Fremdsprachenunterricht wird erneut hitzig diskutiert. Sie sind der Mann, der diesem Kampf das Feld bereitet hat.

Ernst Buschor: Ja, und ich würde es heute wieder tun. Die Diskussion war und ist nötig. Ich bin aber überzeugt, dass sie materiell entschieden ist: Die Volksabstimmungen haben gezeigt, dass das 2000 gewählte Modell mit den zwei Fremdsprachen auf der Primarschulstufe in der Deutsch- wie auch in der Westschweiz verankert ist. Es berücksichtigt sowohl die nationale Kohäsion als auch die globale Öffnung. Und es ist die Form, die logistisch zu bewältigen ist.

Logistisch?

Buschor: In der ganzen Deutschschweiz haben wir heute eine überwiegende Anzahl von Primarlehrern, die für Englisch ausgebildet sind. Dieses Verhältnis von zwei zu einem Drittel nun auf Französisch zu kehren, bräuchte einen jahrelangen Prozess und hätte massive Kosten zur Folge. Über die Grundausbildung ginge dies nicht, denn es kämen jährlich viel zu wenige Französisch-Lehrkräfte hinzu.

Die angehenden Lehrer können Französisch abwählen?

Buschor: Als Ausbildungsfach, ja. Das ist an den meisten pädagogischen Hochschulen so. Man muss wissen: Die Lehrer haben heute enorm viele Fächer zu unterrichten, müssen sich neue Lehrformen aneignen, und die naturwissenschaftlichen Fächer erhalten im neuen Lehrplan mehr Gewicht.

Warum ist Französisch für die Lehrer nicht obligatorisch?

Buschor: Die Lehrer lernen es ja, aber man kann nicht verlangen, dass sie neben allem anderen auch noch zwei Fremdsprachen unterrichtsreif beherrschen. Was mir aber viel mehr Sorgen bereitet, sind die Berichte über den erodierenden Fremdsprachenunterricht.

Wie meinen Sie das?

Buschor: Es gibt enorme Unterschiede, je nachdem, wo oder von wem Englisch oder Französisch unterrichtet wird. Hier ist es eine Paukschule, dort wird spielerisch eingeführt – die Frage

des Lernstils wird meines Erachtens vernachlässigt. Ich kenne einen Fall, da hat eine Primarlehrerin schon nach wenigen Wochen eine Prüfung mit 50 neuen Wörtern angesetzt. So sollten Kinder nicht in die Welt der Fremdsprache eingeführt werden.

Wie kommt es zu diesen Unterschieden?

Buschor: Das liegt auch daran, dass die Fortschritte bei den Lehrmitteln für die kognitiven Fächer wie Mathematik viel weiter fortgeschritten sind. Eine gemeinsame Didaktik für den Sprachunterricht ist meines Erachtens der zentrale Punkt, doch daran wird leider fast nicht gearbeitet, nicht einmal unter den Lehrerorganisationen.

Wie steht es um Ihr Französisch?

Buschor: Bei der Matura konnte ich Latein besser, doch später habe ich zwei Jahre lange in Strassburg gewohnt und durch meine Arbeit beim Europarat Französisch und Englisch gelernt.

Was sagen Sie jenen, die Frühfranzösisch auf die Sekundarstufe verschieben wollen wie der Thurgau?

Buschor: Dass das falsch ist. Wir haben für den politischen Frieden im Land den Kompromiss mit zwei Fremdsprachen in der Primarschule geschlossen; die Sprachregionen wählen, welche zuerst kommt.

Werden sich die Kantone nicht einig, greift der Bund ein.

Buschor: Ja, der Bund könnte aber auch das heutige Modell der EDK übernehmen. Es geht ja nicht um einen didaktischen Zwang, sondern um einen politischen Entscheid. Sprachenpolitik kann wohl kaum gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit geführt werden, und Englisch ist in der Deutschschweiz besser akzeptiert.

Innerrhoden hat schon vor Jahren Französisch auf die Sekundarstufe verschoben. Davon hört man wenig.

Buschor (lacht): Ja, die Appenzeller haben eine Narrenfreiheit, welche die Zürcher nicht haben. Aber die Appenzeller werden umstellen müssen.

<http://www.tagblatt.ch/aktuell/schweiz/tb-in/Ich-wuerde-es-heute-wieder-tun;art120101,4336684>

Schweizer Geschichte auch im Lehrplan21

ST. GALLEN. Der St. Galler CVP-Kantonsrat Werner Ritter hatte sich bei der St. Galler Regierung in einer Interpellation mit 21 Mitunterzeichnern nach der Vermittlung der Schweizer Geschichte in der Volksschule erkundigt. Insbesondere ging es ihm um die Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler am Ende der Schule sowie nach der Geschichtsvermittlung mit dem neuen Lehrplan.

Im bisherigen St. Galler Lehrplan ist die Schweizer Geschichte in den Fachbereich «Mensch und Umwelt» integriert, sowohl im Teilbereich «Räume und Zeiten» als auch im Teilbereich «Individuum und Gemeinschaft», antwortet nun die St. Galler Regierung.

Zugang auch über Sagen

In den im Unterricht verwendeten Lehrmitteln erfolgt der Zugang zur Schweizer Geschichte sowohl über historische Sagen als auch anhand aktueller politischer Themen. Die heutigen Jugendlichen seien stärker für politische Themen sensibilisiert als frühere Generationen und setzten sich auch mit gesellschaftspolitischen Fragen auseinander, hält die Regierung fest.

Verhältnis von Macht und Recht

Auch im neuen Volksschul-Lehrplan des Kantons St. Gallen, der auf Beginn des Schuljahres 2017/18 eingeführt wird, sei die Schweizer Geschichte mit Schwerpunkt auf der Oberstufe im Fach «Räume, Zeiten, Gesellschaften» verankert. Die Kompetenzen bauten auf Grundlagen aus dem Fachbereich «Natur, Mensch, Gesellschaft» der Primarstufe auf. Die Schülerinnen und Schüler setzen sich unter anderem mit dem Verhältnis von Macht und Recht in Vergangenheit und Gegenwart auseinander und lernen schweizerische Bräuche und Mythen kennen. (cz)

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/stgallen/kantonstgallen/tb-sg/Schweizer-Geschichte-auch-im-Lehrplan21;art122380,4338134>

Time-out im Sprachenstreit

Die Bildungspolitiker des Ständerats sehen im Moment keinen Bedarf, Frühfranzösisch per Bundesgesetz vorzuschreiben. Das könnte sich ändern.

Die Bildungskommission des Ständerats will den Kantonen nicht selber dreinreden beim Fremdsprachenunterricht. Sondern überlässt es bei Bedarf dem Bundesrat, Frühfranzösisch durchzusetzen.

DENISE LACHAT

BERN. Seit die Nidwaldner im März einer Verschiebung des Französischunterrichts auf die Oberstufe an der Urne eine Absage erteilten, haben sich die Wogen im Sprachenstreit wieder etwas geglättet. Die vorläufige Entspannung der Lage spiegelt sich auch in der jüngsten Entscheidung der ständerätlichen Bildungskommission (WBK). Diese lehnte gestern zwei parlamentarische Initiativen der nationalrätlichen Schwesterkommission ab. Der Grund: Diese würden in die Bildungshoheit der Kantone eingreifen.

Beide Initiativen sehen eine Ergänzung des Sprachengesetzes vor: Die eine will den Beginn des Unterrichts in der zweiten Landessprache auf spätestens zwei Jahre vor Ende der Primarschule im Gesetz festschreiben, die andere verlangt, dass als erste Fremdsprache eine zweite Landessprache zu unterrichten sei. Das zweite Begehren war chancenlos in der Kommission, denn es hätte in der Deutschschweiz eine Umkehr von Frühenglisch auf Frühfranzösisch bedeutet und damit einen riesigen logistischen Aufwand verursacht – ganz zu schweigen vom absehbaren politischen Widerstand. Dem Begehren wurde denn auch einstimmig die Absage erteilt.

«In der Schwebe»

Eine Kommissionsminderheit hätte es hingegen gerne gesehen, wenn der ersten der beiden Initiativen Folge geleistet würde; sie hätte die aktuelle Sprachenstrategie der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK), der sich 23 Kantone angeschlossen haben, im Bundesgesetz verankert. Die Minderheit ist der Auffassung, die zahlreichen kantonalen Vorstösse zum Sprachenunterricht in der Volksschule seien «ein Anzeichen dafür, dass sich die Harmonisierungsbestrebungen im Sprachenunterricht in der Schwebe befinden». Notabene Kommissionspräsidentin Géraldine Savary aus dem Kanton Waadt (SP) hatte in den Medien zu Protokoll gegeben, dass sie sich ein klares Zeichen an die Kantone wünschen würde.

Richten soll es der Bundesrat

Die Mehrheit der Kommission befand mit 7 zu 4 Stimmen bei einer Enthaltung hingegen, es gebe keine Veranlassung zu weiterem Handeln – und begründet dies unter anderem mit der mehrfach vom Bundesrat signalisierten Bereitschaft, ein Eingreifen des Bundes zu prüfen, falls die Kantone selber das Verfassungsziel einer Harmonisierung des Schulwesens nicht erreichen.

Mathias Aebischer (SP/BE), der Präsident der WBK Nationalrat, ist von der Ablehnung der Kommissionsinitiativen nicht überrascht. Das Nein des Nidwaldner Stimmvolks habe die Situation entschärft. Der Verweis der Ständeräte auf ein mögliches Eingreifen des Bundesrats zeige hingegen, dass die Kommissionsmitglieder sehr wohl Handlungsbedarf sähen, falls ein Kanton

aus dem Sprachenkompromiss ausschere. Aebischer: «Wenn der Baum lichterloh brennt, ziehen alle Parlamentarier am gleichen Strick.»

Zumindest vorläufig ist also etwas Ruhe in den Fremdsprachenstreit eingekehrt. Diese könnte allerdings bald wieder gestört werden, denn es stehen in diversen Kantonen weitere Begehren an, die dem Frühfranzösisch an den Kragen wollen. Notabene der Kanton Thurgau ist ein «Wackelkandidat». Dass mit der Abschaffung des Französischunterrichts in der Primarschule für den Bundesrat eine rote Linie überschritten wäre, hat Bildungsminister Alain Berset (SP) mehrmals klargemacht. Die Vorlage dazu liegt griffbereit in der Schublade des Bundesamtes für Kultur. Danach würde das Sprachengesetz um den Satz ergänzt, dass der Unterricht in der zweiten Landessprache auf Primarschulstufe beginnt – exakt wie dies der Vorschlag der WBK Nationalrat verlangt.

Genau genommen wurde die rote Linie schon vor Jahren überschritten, als Innerrhoden den Französischunterricht auf die Oberstufe verlegte. Dass dies kaum Wellen warf, liegt wohl an der bescheidenen Grösse des Kantons. Zudem haben sich die Absetzbewegungen verstärkt.

<http://www.tagblatt.ch/aktuell/schweiz/tb-in/Time-out-im-Sprachenstreit;art120101,4342130>

Schulleiter für Lehrplan 21

Die Thurgauer Schulleiter setzen sich für den Lehrplan 21 ein. Sie bereiten sich auf unangekündigte Schulbesuche vor und arbeiten mit Psychiatern zusammen.

WERNER LENZIN

WALLENWIL. «Die Mitglieder haben Vision, Leitbild und Strategie verabschiedet und der Vorstand ist derzeit daran, die Umsetzung zu planen», teilte der neue Präsident des Verbandes Schulleiterinnen und Schulleiter Thurgau, Thomas Minder, seinen Kolleginnen und Kollegen in der Aula des Schulhauses Mettlen mit. Klar brachte er zum Ausdruck, dass sich die Schulleiter für den Lehrplan 21 engagieren und sich gegen die Verbreitung von Unwahrheiten einsetzen.

Regierungsrätin Monika Knill informierte darüber, dass die Umsetzung der Motion «Französisch auf der Sekundarstufe» mit der Inkraftsetzung des Lehrplans 21 im August 2017 vollzogen wird.

Vier Ambulatorien im Kanton

Ärztin Regula Hotz bezeichnete den Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienst (KJPD) als Ansprechpartner bei besonderen Bedürfnissen und Situationen bis hin zur Krise. In den vier Ambulatorien von Frauenfeld, Weinfelden, Münsterlingen und Romanshorn erfolgt die Anmeldung durch Familien, Amtsstellen und Gerichte. Wenn eine Lehrperson oder ein Schulleiter einer Familie eine Anmeldung beim KJPD empfehlen, erfolgt die Anmeldung über das Formular auf der Webseite. «In einer ersten Sprechstunde schaffen wir Vertrauen, geben Empfehlungen ab, planen weitere Diagnostik und Behandlungen, wobei die Entscheidung bei der Familie auf der Basis der Freiwilligkeit liegt», sagte Hotz.

Wiederkehrende Besuche

Laut Michael Schwendener ist Classroom Walkthrough ein Führungsinstrument für nachhaltige Unterrichtsentwicklung. Durch jährlich zehn bis fünfzehn kurze, immer wiederkehrende Unterrichtsbesuche von sieben bis zehn Minuten mit einem schriftlichen oder mündlichen Feedback innerhalb von 24 Stunden kann die Schulleitung Einblick in das Lehren und Lernen an der Schule nehmen. Die Besuche sind nicht angekündigt, das Schulzimmer wird ohne anzuklopfen betreten. Damit der Unterricht nicht gestört wird, gibt es keine Begrüssung und keine Verabschiedung. Die Schüler sind darüber informiert.

Die Versammlung folgte einstimmig dem Antrag des Vorstandes zur Erhöhung des Mitgliederbeitrages und wählte die Amriswilerin Heidi Scherrer neu in den Vorstand.

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/thurgau/kantonthurgau/tz-tg/Schulleiter-fuer-Lehrplan-21;art123841,4343774>

20 Minuten, 7. September 2015

Polizeibewerber scheitern häufig beim Diktat

In der Ostschweiz bewerben sich jedes Jahr hunderte junge Erwachsene für die Polizeischule. Die meisten scheitern am Deutsch und im Sport.

Der Tag der offenen Tür auf dem Polizeistützpunkt in Oberbüren lockte am Samstag mehrere tausend Personen an, von denen sich viele über die Ausbildung zum Polizisten informierten. Die Anforderungen sind hoch, um Polizist zu werden: Abgeschlossene Ausbildung oder Matura, einwandfreier Leumund, Fahrausweis, keine Tattoos an den Armen, Fitness und gute Deutschkenntnisse. Dies sind nur einige der Kriterien, die mögliche Bewerber der regionalen Polizeischule erfüllen müssen. Trotz den harten Selektionsbedingungen ist der Beruf Polizist nach wie vor ein Traumberuf vieler Junger, der auch dieses Jahr für einen grossen Teil nur ein Traum bleiben wird: Mehr als die Hälfte der Bewerber scheitern am Deutsch und im Sport.

Niveau bedenklich tief

Dionys Widmer, Sprecher der Stadtpolizei St. Gallen, bestätigt die Schwächen der Bewerber: «Einige unserer Bewerber scheitern am Deutsch-Test und am Sport.» Die Anforderungen seien anspruchsvoll, aber sinnvoll für den Berufsalltag der Polizei. Auch in anderen Polizeikörpern kennt man die Schwäche der Bewerber. So fallen laut Albert Walzthöny, Ausbildungschef der Kantonspolizei Thurgau, rund 45 Prozent der Aspiranten beim Diktat durch. «Viele Leute kommen mit völlig falschen Vorstellungen vom Polizeiberuf zu uns.» Obschon die Durchfallquote bei den Polizeikörpern relativ hoch ist, will man bei der Selektion der künftigen Polizisten die Anforderungen hoch lassen. «Wir hatten noch nie Mühe, die Plätze der Polizeischule zu besetzen», so Walzthöny.

Auch in Nachbarkantonen ist die Situation nicht anders: Im Kanton Zürich sehen die Zahlen nicht gerade rosig aus: «Das Sprachniveau der Bewerber ist zum Teil bedenklich tief», so Mario Cortesi, Sprecher der Stadtpolizei Zürich, gegenüber 20 Minuten. Die Durchfallquote der Deutschprüfung liege bei 51 Prozent und sei damit zu begründen, dass viele Bewerber ihre Schulzeit schon lange hinter sich hätten.

90 Prozent fallen durch

Dem Polizeikörper Schwyz machen die Deutschprobleme der Bewerber grosse Probleme. Mittlerweile habe man Schwierigkeiten, geeignetes Personal zu rekrutieren. Dort sind laut «Obersee Nachrichten» die Durchfallquoten bei 90 Prozent. Erwin Mächler, Ausbildungschef des Polizeikörpers Schwyz, sind die Schwächen der Aspiranten klar: «In Deutsch und Sport scheitern die Aspiranten am meisten.» Für die Polizei würden sich vor allem junge Leute interessieren, die weder fit noch wortgewandt seien.

Mit den Höhen und den Tiefen des Lebens konfrontiert

Warum sich trotz der hohen Durchfallquote jedes Jahr Hunderte bewerben, liegt laut der Kantonspolizei Thurgau daran, dass der Beruf des Polizisten attraktiv und vielseitig sei. Jeder Tag bringe neue und spannende Herausforderungen: «In kaum einem anderen Beruf wird man so unmittelbar mit den Höhen und Tiefen des Lebens konfrontiert.»

<http://www.20min.ch/schweiz/ostschweiz/story/Polizeibewerber-scheitern-haeufig-beim-Diktat-17984789>

Tausende Kompetenzen für eine bessere Volksschule?



Kürzlich googelte ich mich hartnäckig durch die Weiten des Web. Ich war auf der Suche nach starken Argumenten zugunsten des Lehrplans 21 und nach fundierten Begründungen für die postulierte «Unverzichtbarkeit des kompetenzorientierten Unterrichts».

Fritz Tschudi

Doch das Internet schwing sich darüber beharrlich aus. Es liefert stattdessen lauter gängige Behauptungen und Floskeln, welche den neuen Lehrplan und die Heilslehre des konstruktivistischen Unterrichts als Selbstverständlichkeit preisen. Hinterfragt wird nichts. Begründungsfreie «Verständnishilfen» [wie diese hier](#), vorgetragen in zweckdienlicher Genügsamkeit, beherrschen die Szene.

Selbst die Fachinstanzen, als Horte der Seriosität und Wissenschaftlichkeit gewertet, wagen sich nicht aus der Deckung. Die Pädagogischen Hochschulen (PH) sind offenbar voll damit beschäftigt, künftige Lehrpersonen auf die Vorgaben des neuen Lehrplans einzustimmen. Der Lehrplan 21 wird trotz des implantierten gesellschaftspolitisch bedeutsamen Richtungswechsels, hemmungslos, unter Verzicht auf basisdemokratische Legitimation in die Köpfe gepackt. Es wird nach aussen so getan, als ginge es lediglich um den Erlass einer neuen Lehrstoffsammlung. – Dass der Lehrplan 21 in Wahrheit auf schwachen Füßen steht, wissen die Erziehungsdirektoren, die PH und auch die Lehrerverbände (!) aber sehr genau!

Einsichtige Pro-Argumente sind rar, wissenschaftlich fundierte fehlen gänzlich

Der Kompetenzorientierung im LP21 und der Verknüpfung mit dem konstruktivistischen Unterricht (Lerngelegenheiten, Selbstorganisiertes Lernen, Lehrverbot) fehlt jede wissenschaftlich tragfähige Basis. Die durch die internationale politische Konformität begünstigte, aber sachlich nie offen begründete Übernahme und Adaption eines importierten Konzeptes aus dem Hause OECD, gefährdet empirisch nachweisbar das Bildungsniveau. Es widerspricht den Leitzielen eines demokratischen Bildungswesens, zersetzt didaktisches und pädagogisches Denken und Handeln und behindert Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklung zu mündigen Staatsbürgern. Diese Ausrichtung ist auch deshalb von eminenter gesellschaftlicher Bedeutung, weil sie bestehende Traditionen bekämpft und die Entwurzelung unserer Schuljugend begünstigt. Ziel ist die Heranbildung des klaglos funktionierenden, angepassten, vor allem der ökonomischen Verwertbarkeit dienlichen Menschen. Dass dieses Menschenbild kaum politische Mündigkeit zulässt und damit den Weiterbestand der Demokratie gefährdet, liegt auf der Hand. Absicht oder Naivität ist hier die zentrale Frage.

Das Kompetenzkonzept verhindert zudem das bisher unbestrittene Prinzip der beruflichen Methodenfreiheit der Lehrerinnen und Lehrer. Damit wird eine wesentliche Basis für die Motivation im Beruf, die «unternehmerische Freiheit» als Voraussetzung zur Gestaltung eines begeisternden Unterrichts in eigener Verantwortung, zu Grabe getragen. Die Folgen für den Lehrerberuf und die Unterrichtsqualität sind verheerend.

Das Zauberwort heisst seit Jahren «Professionalisierung». Unter dieser Prämisse wird heute viel Unsinn verkündet. Die Pseudowissenschaftlichkeit verhilft dem konstruktivistischen Gedanken gut zu unübersehbarer Präsenz in Schulen und Medien. Die Publizität rückt die Wahrnehmung

eines grundsätzlich verfehlten Unterrichtsprinzips ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Dies trotz der eindeutigen Zeichen von Schwindsucht, Sektierertum und weltweiter dramatischer Erfolglosigkeit. Die Aufrechterhaltung dieser Irrwege wird für Aussenstehenden nur einsichtig, wenn man der Bildungspolitik unterstellt, genau jene Ziele anzustreben, welche die Umsetzung des Konstruktivismus und der Kompetenzorientierung real zeitigt: Schülerleistungen und Bildung für alle abbauen, immer weiter nach unten nivellieren und den Missstand mit Notendumping soweit kaschieren, dass es der Öffentlichkeit nicht allzu krass auffällt. (siehe Deutschland nach zehn Jahren Kompetenzorientierung!).

Der französische Mathematiker und Wissenschaftler, *Laurent Lafforgue*, meint in seiner Schrift «Die Wissenschaftler und die Schule»:

Die erste Wirkung der ‚Verwissenschaftlichung‘ der Unterrichtspraxis ist, dass sie naiv macht. Genau davon profitieren die sogenannten «Bildungswissenschaften». Weil sie sich als «wissenschaftlich» ausgegeben haben, konnten sie die traditionellen Unterrichtsmethoden diskreditieren, sie als blosses Handwerk denunzieren, und die alten Lehrerbildner aus den Lehrerbildungseinrichtungen verjagen, deren Know-how verloren gegangen ist. Das Ergebnis ist katastrophal. Daher muss die Autorität, die man im Namen der «Wissenschaft» diesen angeblichen Wissenschaftlern, ihren Theorien und ihren Praxismethoden über eine lange Schonzeit zugestanden hat, in Zweifel gezogen werden.

Auch Prof. Jochen Krautz [überzeugt mit starken Thesen](#) (ab S.6).

Die Befürworter sehen sich ausserstande, die fundamentalen Schwächen ihres «Jahrhundertwerkes» überzeugend zu entkräften

Der Zürcher Bildungsexperte Urs Moser bekannte schon vor Jahren freimütig, der Lehrplan 21 sei nicht für die Lehrer gemacht. Er diene primär der periodischen Kontrolle der Lernleistungen durch Messungen zur Speisung des nationalen Bildungsmonitorings, zur Steuerung des Bildungssystems. Der neue Lehrplan ist im Wesentlichen das Ergebnis dieses politischen Kalküls.

Wer dem Lehrplan 21 pädagogischen Nutzen attestieren will, sieht sich darum genötigt, Binsenwahrheiten des Unterrichtens zu verkünden. Es scheint schon zu genügen, den LP21 als unverzichtbarer Fortschritt zu proklamieren. – Viele Politiker, aber auch Lehrer tappen wunschgemäss in diese Falle. (Wer will denn schon als «rückwärtsgewandt» gelten?)

Dass erst mit der Kompetenzorientierung im Lehrplan 21 vernetztes Denken und Tun, handlungsorientiertes Lernen und Können in die Schulen Einzug halte, ist leicht als unseriöse Unterstellung verantwortungsloser Propagandisten zu entlarven. Die Frage aber ist, warum Verfechter eines umstrittenen Projekts sich aus der untersten Schublade bedienen, wenn nicht aus purer Hilflosigkeit?

Der Verzicht der Befürworter auf offene Debatten ist selbsterklärend

Jedes offen geführten Gespräch zur Problematik des LP21 führt die Verteidiger in eine desolante Lage: Die Ungereimtheiten lassen sich weder mit wissenschaftlichem noch mit empirischem Fundus entkräften. Es bleibt nur die Rhetorik oder beharrliches Schwiegen. Das grosse Schwiegen zu sachlich unverzichtbaren Fragen über Jahre ist demnach nicht Ausdruck von Arroganz oder überbordender Selbstherrlichkeit; nein, es ist der Versuch der Selbsterrettung aus einer misslichen Lage.

Für die Lehrplanverantwortlichen besteht folglich kein Anlass, sich von ihrer bewährten Taktik zu verabschieden. Die zumeist eher lapidaren Werbebotschaften und die Verkündung alternativer Direktiven (... am Lehrplan 21 führt kein Weg vorbei ...) werden uns also erhalten bleiben. Währenddessen sorgen die Schulbürokraten und deren Helfer unentwegt für die stramme Ausrichtung der Lehrer auf die kompetenzorientierte neue Schulwelt. Sie sind sich der bereitwilligen Unterstützung durch Lehrerverbände gewiss. Der Ruf zum «Change Management» erschallt schon im Thurgau und anderswo; die Herde folgt (noch) ohne zu murren ...

... und als passender humoristischer Schlusspunkt bietet sich eine Episode aus der Satiresendung «[Giacobbo/Müller](#)», vom 2. November 2014 an.

Blogger Fritz Tschudi war langjähriger Churer Sekundarlehrer.

<http://www.suedostschweiz.ch/blog/die-schule-von-morgen/2015-09-08/tausende-kompetenzen-fur-eine-bessere-volksschule>

Basler Zeitung, 9.9.15

Neuer Lehrplan ist fragwürdig

Hanspeter Amstutz

Erinnern Sie sich noch lebhaft an spannende Geschichtsstunden aus der Schulzeit? Oder kommt eher Missmut auf, wenn Sie an langweilige Lektionen mit seitenlangen Hefteinträgen zurückdenken? Die Antworten werden unterschiedlich ausfallen, denn guter Unterricht hängt von der fachlichen und pädagogischen Kompetenz der Lehrpersonen ab. Die Diskussion um den neuen Lehrplan lässt allerdings oft den Eindruck entstehen, dass gute Bildung primär eine Sache detaillierter Planung sei.

Ein Blick auf den Teillehrplan Geschichte zeigt, wie sich die Bildungsverantwortlichen die innere Reform der Schule vorstellen. Neben vielen einleuchtenden Kompetenzzielen finden sich Ziele, die weit weg von der Welt der Kinder und Jugendlichen sind. Man spürt auf jeder Seite, dass hinter den verschlossenen Türen des letztjährigen EDK-Lehrplankonzils zwischen den Fachwissenschaftlern und den Lehrvertretern um praxisnähere pädagogische Vorstellungen gerungen wurde.

Farbige geschichtliche Ereignisse werden zu leblosem Schulstoff, wenn der Ungeist eines wenig altersgemässen Reflektierens überhand nimmt. Die Pädagogen haben leider diese Gefahr nicht beseitigen können. Man reibt sich die Augen, wenn von Sechstklässlern als Grundkompetenz verlangt wird, dass sie bei den Urschweizern „den Weg von einer familienrechtlichen Gesellschaft zu einem Territorialrecht mit rechtstaatlichen Ansätzen erkennen“. Alles verstanden?

Noch kühner ist die Vorstellung, Kinder könnten bereits objektiv die Entstehung der Eidgenossenschaft beurteilen. Die Formulierung, dass „unterschiedliche Sichtweisen von Vergangenheit mit aktuellen Interessen in Zusammenhang stehen“, ist wohl eher ein Kompetenzziel für Lehrpersonen.

Kinder wollen Geschichte in spannenden Erzählungen und eindrücklichen Bildern miterleben. Die Höhepunkte der Sturm- und Drangzeit der Eidgenossenschaft mit den Siegen in den Burgunderkriegen interessieren Primarschüler weit mehr als eine aktuelle politische Deutung der Niederlage von Marignano.

Gut vorbereiteter narrativer Geschichtsunterricht lässt Kinder und Jugendliche in vergangene Zeiten eintauchen und das Wesentliche einer Epoche erkennen. So lässt sich die Zeit vor dem 1. Weltkrieg viel besser verstehen, wenn die Fahrt der Titanic während einer Woche als eine Art Fortsetzungsgeschichte von der Klasse miterlebt wird. Die Dreiklassengesellschaft von damals, die neuste Technik auf dem Schiff, die wirtschaftlichen Interessen der Reederei und das Schicksalshafte jener Fahrt lassen die Jugendlichen nicht unberührt. Die grossen Fragen stellen sich von allein, und dann kann man auch anspruchsvolle Überlegungen anstellen. Akademische Kompetenzziele hingegen sind für einen lebendigen Geschichtsunterricht kaum motivierend.

Für die Schulentwicklung darf der neue Lehrplan nicht unterschätzt werden. Dieser ist die Basis für die didaktische Ausrichtung der Pädagogischen Hochschulen. Eine kritiklose Übernahme des neuen Kompetenzenmodells in Fächern wie Geschichte oder Naturwissenschaften hat erhebliche Auswirkungen auf den täglichen Unterricht. Wünschbar wäre jetzt eine offene Diskussion über bessere kantonale Lehrpläne, damit die nötigen Korrekturen in die Wege geleitet werden können.

Hanspeter Amstutz ist Sekundarlehrer, ehemaliger Zürcher Kantonsrat (EVP) und Bildungsrat

NZZ, 9.9.2015

WAS LÄUFT FALSCH?

Das Ende der Hände

Gastkommentar von HANS-PETER KAUFMANN, Suissetec

Die Schweizer Gesellschaft schätzt Handarbeit gering. Was mit den Händen geschaffen wird, verliert in der Schweiz an Wert. Die Bildungspolitik verstärkt diese ungute Entwicklung. In der Volksschule werden handwerkliche Fächer an den Rand gedrängt. Die Schule vernachlässigt so die wichtige Aufgabe, den Kindern und Jugendlichen den Wert der eigenen Hände und dessen, was mit ihnen geschaffen werden kann, zu vermitteln.

Natürlich braucht es auch mathematische Fähigkeiten, um ein technisches Handwerk mit Freude ausführen zu können. Dennoch stellt sich mir die Frage: Wie sollen unsere Kinder in Zukunft auf die Idee kommen, einen Beruf wie den des Spenglers zu erlernen, wenn sie in der Schule nie mit Metall experimentieren und so das Material kennenlernen konnten? Es ist erwiesen, dass beim Eintritt in die Oberstufe rund 70 Prozent der 12- bis 13-Jährigen bereits entschieden haben, in welche Richtung ihre Berufswahl gehen wird, ob also ihre Bildungslaufbahn eher in eine technische, kaufmännische oder akademische Richtung steuern soll. Die Abwertung der Hände beeinflusst diesen Entscheid. Leidtragende sind die technischen Berufe.

Bereits heute müssen wir als Berufsverband der Gebäudetechnik selber dafür sorgen, dass Kinder die Möglichkeit haben, sich technisch-tüftelnd auszuleben. Wir tun dies nicht aus purem Eigeninteresse. Um auch in Zukunft all das zur Verfügung zu haben, was uns wichtig ist - wie zum Beispiel fließendes Wasser in den Häusern, das nach Bedarf warm oder kalt aus dem Hahn fließt -, müssen die zukünftigen Sprösslinge nach ihren Talenten einen Beruf auswählen können. Zu häufig orientieren sich Kinder schon früh an den Wünschen und Vorstellungen der Eltern, vor allem wenn diese den Wunsch hegen, dass ihr Kind eine akademische Laufbahn einschlägt. Kinder, die diesem Druck nicht gewachsen sind, machen sich Sorgen um ihre Zukunft. Das ist falsch. Kinder sollen unbeschwert aufwachsen und sich ihren Talenten entsprechend für einen Berufsweg entscheiden können.

Ein Handwerk bietet viele sinnvolle und sinnstiftende Betätigungsmöglichkeiten. Wir alle wollen auch künftig in funktionierenden, gemütlichen, warmen Häusern wohnen und arbeiten können, die sich im Idealfall gar selber mit Energie versorgen. Damit wir unseren hohen Ausbaustandard halten, die Energiewende nicht nur politisch, sondern auch faktisch in den Heizungskellern und auf den Hausdächern umsetzen und unseren Gebäudepark energetisch sanieren können, braucht es alleine schon in der Gebäudetechnik mehr Fachkräfte, als wir heute zur Verfügung haben. Wenn es immer weniger qualifiziertes Fachpersonal gibt, das diese Herausforderungen meistern kann, werden wir das als Gesellschaft zu spüren bekommen. Gleichzeitig werden grossartige berufliche Zukunftsperspektiven verpasst, weil Erfolg im Beruf zu oft mit Prestige verwechselt wird.

Uns Gebäudetechnikern wird die Arbeit auch in Zukunft nicht ausgehen, weshalb wir auch auf längere Sicht grosse Jobsicherheit bieten können. Dennoch zeichnet sich der Fachkräftemangel in der Gebäudetechnikbranche bereits heute ab. Die Berufslehre kämpft mit einem Imageproblem - zu Unrecht. Nicht nur unsere englischen Berufskollegen schauen neidisch auf unser Bildungssystem. Immer wieder ernten wir Lob aus dem Ausland. Erstaunlicherweise verliert die duale Bildung im Inland langsam, aber stetig an Boden. Es steht viel auf dem Spiel. Wenn wir zur Berufsbildung nicht Sorge tragen und den Händen nicht wieder die Wertschätzung zukommen lassen, die sie verdienen, weichen wir ab vom Weg, der uns in der Schweiz in den letzten Jahrzehnten vorangebracht hat.

Hans-Peter Kaufmann ist Direktor des Schweizerisch-Liechtensteinischen Gebäudetechnikverbands Suissetec

http://www.suissetec.ch/library/downloads/news/2015_deutsch/Artikel_NZZ_150909.pdf

Blick, 10.09.2015

In Deutschland gibts Wirbel

Zürich zieht Sexbuch nicht aus dem Verkehr

Der Zürcher Regierungsrat will das umstrittene Aufklärungsbuch «Sexualpädagogik der Vielfalt» nicht aus Zürcher Schulzimmern verbannen. Bis anhin habe es keine negativen Reaktionen seitens Schulen oder Eltern gegeben.

In Deutschland sorgte das Buch für harsche Kritik, weil darin auch Themen wie Gruppensex, Analverkehr und Sex-Toys thematisiert werden.

Im Kanton Zürich empfiehlt die Pädagogische Hochschule das Buch explizit für Schülerinnen und Schüler ab 14 Jahren. Die Lehrkräfte sind aber nicht verpflichtet, das Buch auch zu nutzen, da es genügend Alternativen gibt.

Bisher habe es keine negativen Reaktionen gegeben, schreibt die Regierung in einer am Donnerstag veröffentlichten Antwort auf eine Anfrage von EDU, EVP und SVP. Die Parteien wollten wissen, ob dieses umstrittene Lehrmittel wirklich adäquat sei.

Mit dem Buch könnten Themen behandelt werden, die der Lebenswelt und den Fragestellungen der Jugendlichen gerecht würden, schreibt der Regierungsrat. Wie auch in anderen Lehrmitteln gebe es darin geeignete und weniger geeignete Methoden für den Unterricht. (SDA)

<http://www.blick.ch/news/politik/in-deutschland-gibts-wirbel-zuerich-zieht-sexbuch-nicht-aus-dem-verkehr-id4153508.html>

NZZ, 10. September 2015

Weiterbildung für 1250 Lehrer

von Walter Bernet

«Schule und Kindeswohl» lautete der Titel, unter dem die Lehrerorganisation Zürcher Kantonale Mittelstufe (ZKM) am Mittwoch zu ihrer jährlichen Tagung an der Universität Zürich geladen hat. Gekommen sind 1250 Lehrerinnen und Lehrer, so viele wie noch nie. Zuletzt waren die Teilnehmerzahlen eher rückläufig. Ganz sicher haben die geladenen Referenten das Ihre beigetragen. Angesagt waren der deutsche Kinder- und Jugendpsychiater Michael Winterhoff, dessen Bücher (z. B. «Warum unsere Kinder Tyrannen sind») Bestseller wurden, der reformkritische Zürcher Erziehungswissenschaftler Roland Reichenbach und der Basler Soziologe Walter Hollstein, der mit seinen Publikationen über die schwierige Situation der Männer und Jungen Beachtung fand.

Was die Referenten ansprachen, scheint im Umfeld der Schule vielen unter den Nägeln zu brennen. Winterhoff diagnostizierte bei Erwachsenen eine starke Zunahme gravierender, unbewusster Beziehungsstörungen gegenüber ihren Kindern. Gesellschaftliche Fehlentwicklungen verhinderten, dass sie als klares Gegenüber eine gesunde Entwicklung der kindlichen Psyche und Persönlichkeit ermöglichten. Immer mehr Heranwachsende zeigten Symptome einer allgemeinen Beziehungsunfähigkeit. Die Korrektur sei möglich, deshalb müssten die Fälle in der Schule auch angesprochen werden. Betroffenen Eltern (und Lehrkräften) empfahl Winterhoff Selbstfindung durch lange, einsame Waldspaziergänge. Reichenbachs Kritik an der Kompetenzorientierung des Lehrplans 21 und an der dahinterstehenden Pädagogik ist nicht einfach auf einen Punkt zu bringen. Kritik, meinte er, heisse nicht, gegen etwas zu sein. Es gelte die Begründungen zu hinterfragen. Viele Reformen der letzten Jahre seien bei näherem Hinsehen grundlos oder nur mit pädagogischen Floskeln begründet eingeführt worden. Dogmatische Kritik am Lehrplan 21 sei aber genauso fehl am Platz. Die Schule sei zu komplex, um mit Schlagworten erklärt zu werden.

Den Erfolg der Tagung, die am Nachmittag über 40 Workshops bot, nutzten die Veranstalter auch, um ihren gewerkschaftlichen Anliegen Schub zu verleihen. Kritischer als der Dachverband der Zürcher Lehrpersonen, der ZLV, positioniert sich die ZKM zum Lehrplan 21. Einig sind sich die beiden Verbände bei den Fremdsprachen: Die zweite Fremdsprache - welche, bleibt offen - sei auf die Sekundarstufe zu verlegen, dort aber mit mehr Stunden zu dotieren.

Heftige Kritik am neuen Französisch-Unterricht

Viele Oberstufenlehrer weigern sich, die Didaktik anzuwenden, die mit dem Frühfranzösisch eingeführt worden ist. Die Schüler könnten «nichts mehr», heisst es.

Von Adrian M. Moser

Wenn Siebtklässler Französischunterricht erhalten, ist das längst kein Frühfranzösisch mehr. Die Kritik, die viele Oberstufenlehrer nun äussern, hat aber viel mit Frühfranzösisch zu tun.

Als vor vier Jahren erstmals Drittklässler in Französisch unterrichtet wurden, war für Schüler wie Lehrer alles neu. Zwei Jahre später kamen zum ersten Mal Lehrer mit Frühfranzösisch in Berührung, die schon zuvor Französisch unterrichtet hatten. Doch auch sie konnten ihre neuen Klassen nur mit solchen vergleichen, die zuvor keinen Französischunterricht hatten. Inzwischen sind die ersten «Frühfranzösisch-Kinder» in der Oberstufe angelangt – und treffen dort auf Lehrer, die klare Erwartungen haben, was die Schüler bereits können sollten.

Hört man sich um, wird bald klar: Die Erwartungen vieler werden nicht erfüllt. Die härtesten Urteile fällen jene, die auch den Lehrplan 21 und die damit einhergehende neue Didaktik ablehnen. So sagt etwa Alain Pichard, Reallehrer in Orpund und profiliertes Lehrplan-21-Gegner: «Die Schüler können nichts mehr. Es ist völlig chaotisch.»

Neue Art, Sprache zu vermitteln

Als das Frühfranzösisch vor vier Jahren im Rahmen des Projekts Passepartout eingeführt wurde, bedeutete das weit mehr, als den Start des Französischunterrichts vom fünften auf das dritte Schuljahr vorzuverlegen. Kern der Reform ist eine völlig neue Art, die französische Sprache zu vermitteln. Die Kinder sollen die Fremdsprache spielerisch entdecken, sollen sich «Strategien» aneignen, um schwierige Texte zu «erschliessen». Grammatik und Rechtschreibung dagegen spielen in den ersten Jahren kaum mehr eine Rolle.

Auch Philippe von Escher, Französischlehrer am Oberstufenzentrum Worboden in Worb, kritisiert die neue Situation: «Für mich als Lehrer ist es schlimm, wenn Spez-Sek-Schüler einfachste Sätze nicht verstehen.» Er sagt, die Schüler bekundeten grosse Mühe beim Schreiben und könnten nicht einmal die wichtigsten Verben wie «être» und «aller» konjugieren. «Das muss man jetzt alles aufholen», sagt er. «Da tauchen schon riesige Fragezeichen auf.»

Keine Wörtli- und Grammatiktests

Ein weiterer Punkt, an dem sich die befragten Oberstufenlehrer stören: Sie wurden in der Weiterbildung zum neuen Lehrmittel «Clin d'œil» angehalten, keine Diktate, Wörtli- und Grammatiktests mehr durchzuführen. «Es ist mir egal, wenn das nun quasi verboten ist», sagt von Escher. «Ich werde es trotzdem weiter tun, denn ich will, dass Schülerinnen und Schüler eine Struktur erkennen.» Schüler bräuchten Strukturen. Der «Bund» weiss von mehreren Schulen, deren Französischlehrer sich an Elternabenden von der neuen Didaktik distanziert und angekündigt haben, von den Vorgaben abzuweichen.

Erwin Sommer, Vorsteher des kantonalen Amtes für Kindergarten, Volksschule und Beratung, findet das problematisch. «Damit verunsichern die Schulen die Eltern und die Schüler.» Sommer sagt, Wörtli- und Grammatiktests seien keineswegs verboten, sondern sollten im Unterricht lediglich einen geringeren Stellenwert haben als früher. Dem steht der Inhalt eines Merkblatts entgegen, das die Schulen im vergangenen Jahr als Vorinformation zum neuen Lehrmittel erhalten haben und das dem «Bund» vorliegt. Darin stehen unter dem Titel «Was man nicht tun soll»: Dictées, Wörtlitests, Grammatiktests.

«Dem Projekt eine Chance geben»

Sommer wünscht sich, dass die Oberstufenlehrer die Schüler «dort abholen, wo sie jetzt stehen». «Es ist unfair, zu sagen, die Kinder könnten nichts mehr, und es ist unfair, ihre neuen Stärken einfach auszublenden.» Die Erziehungsdirektion nehme das Thema aber ernst und stehe mit der PH und dem Verlag, der das neue Lehrmittel herausgegeben hat, in Kontakt, um Verbesserungen zu erzielen.

Die befragten Lehrer reagieren unterschiedlich auf Sommers Einwand, die Schüler hätten neue Stärken. Einige, unter ihnen Alain Pichard, haben keine solchen bemerkt. Andere hingegen sagen, die Schüler hätten zum Beispiel viel weniger Angst vor schwierigen Texten. Philippe von Escher sagt: «Die Kinder sind mutiger als früher.» Und er schränkt gleich wieder ein: «Vor allem die guten.»

Beim bernischen Lehrerverband (Lebe) weiss man von den Diskussionen um die neue Französisch-Didaktik. Franziska Schwab, Leiterin Pädagogik, vertritt eine neutrale Position: «Wir finden, dass man dem Projekt Passepartout eine Chance geben soll. Ein Fazit können wir erst ziehen, wenn die erste Generation die neunte Klasse beendet hat. Bis dahin ist es zu früh, einen erneuten Systemwechsel zu fordern.»

<http://www.derbund.ch/bern/kanton/Heftige-Kritik-am-neuen-FranzoesischUnterricht/story/15406172>